

RUNDER TISCH RHEINPFALZALLEE

Bürger*innenbeteiligung wertschätzen und ernst nehmen

Die Grundstücke in der Rheinpfalzallee 83, 90-93 sind für Karlshorst von besonderer Bedeutung. Die SPD-Fraktion Lichtenberg hat daher gemeinsam mit der Fraktion der Linken und Bündnis 90/Die Grünen das Bezirksamt aufgefordert, für diesen Bereich einen Bebauungsplan aufzustellen. Das Bezirksamt ist dem mit dem Bebauungsplan 11-160 „Rheinpfalzallee“ nachgekommen. Ziel ist es, den dringenden Bedarf nach Schulplätzen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Kindertagesplätzen durch die Nutzung dieser Grundstücke zu sichern.

Hatte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen zunächst keine Einwände, wies sie in einem weiteren Schreiben auf die notwendige Berücksichtigung einer Modularen Unterkunft für geflüchtete Menschen (MUF) hin, obwohl der Bezirk andere Orte für eine MUF angeboten hatte. Die SPD-Fraktion setzte sich umgehend dafür ein, dass die Planungen für die soziale Infrastruktur nicht gefährdet werden und forderte, dass die Unterkunft in der Rheinpfalzallee mit dem vorhandenen Bebauungsplan in Einklang zu bringen ist.

Veto vom Bereich Stadtplanung

Das Bezirksamt, konkreter gesagt der Fachbereich Stadtplanung, ist im Gegensatz zur Senatsverwaltung der Meinung, dass das Vorhaben sich



Das besagte Grundstück in der Rheinpfalzallee.

FOTO: KEVIN EINENKEL

nicht in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt. Daraufhin gab es Verhandlungen mit den maßgeblichen Behörden des Senats und des Bezirksamtes sowie den aktuellen und künftigen Grundstückseigentümern. Als Ergebnis hielt man fest, dass der südliche Teil des Grundstücks auf einer Fläche von 8.000 m² als MUF-Standort genutzt werden soll, statt bislang 3 Gebäuden sollen 2 Gebäude errichtet werden und für die verbleibende 11.000 m² große Fläche wird der Bezirk unter Einbeziehung der Lew-Tolstoi-Schule eine Machbarkeitsstudie erarbeiten lassen. Oberste Priorität hat der Bau einer Grundschule.

Dieses Ergebnis wurde im November 2019 auf einer Bürger*innenversammlung den Karlshorster*innen vorgestellt. Da nicht alle Beteiligten einverstanden waren, sagte der Staatssekretär für Integration auf der Veranstaltung einer Beteiligung der Bürger*innen an der

Entwicklung der Rheinpfalzallee in Form eines Runden Tisches zu. Die SPD-Fraktion forderte deswegen mit der Fraktion der Linken das Bezirksamt auf, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales einen Runden Tisch zur geplanten Bebauung der Rheinpfalzallee einzuberufen. Ziel soll es sein, in der geplanten MUF die Zahl von ca. 380 Wohnplätzen, bezahlbaren Wohnraum und schnellstmöglich die Schule sowie eine Kita zu realisieren. Ziel der SPD war hierbei mit den Anwohner*innen eine tragfähige Lösung für die Umgebung zu finden.

Als Vorbereitung für den Runden Tisch hat der Stadtrat für Stadtentwicklung, Kevin Hönicke, sechs verschiedene Bebauungsvarianten als Diskussionsgrundlage vorbereitet. Diese wurden konstruktiv und ernsthaft von allen Beteiligten diskutiert. Als sich schließlich mögliche Kompromisse abzeichneten, kam die

Aussage von der Senatsverwaltung, dass die Grundsatzentscheidung der schon genehmigten Kombination aus Grundschule und MUF nicht weiter in Frage gestellt werden könne und die Senatsverwaltung an dem Ergebnis aus dem November 2019 festhalten wird.

Ende ohne Einigung

Aus unserer Sicht kann diese Aussage die Bemühungen des Runden Tisches zu Nichte machen. Die Karlshorster*innen haben sich Zeit genommen und sich mit eigenen Vorschlägen intensiv eingebracht, um ihr Umfeld mitzugestalten. Man muss nicht mit allen Forderungen übereinstimmen, aber das Interesse, eine gemeinsame Lösung am Tisch zu finden, war deutlich zu spüren. Die letzte Sitzung des Runden Tisches endete, ohne dass die unterschiedlichen Positionen der Teilnehmer*innen in einer gemeinsamen Empfehlung vereint werden konnten. In einer Abschlusserklärung des Runden Tisches sollen die unterschiedlichen Positionen, die von den Teilnehmer*innen vertreten und diskutiert wurden, zusammengestellt werden. Die SPD-Fraktion Lichtenberg bedauert, dass keine gemeinsame Empfehlung beschlossen werden konnte, begrüßt aber eine solche Abschlusserklärung im Sinne der Transparenz gegenüber den Bürger*innen ausdrücklich.

Kevin Eienkel

POST VOM FRAKTIONSVORSTAND

Liebe Lichtenberger*innen,

am 18. Juni tagte die letzte Bezirksverordnetenversammlung vor der Sommerpause. Ein Sommer, wie wir ihn in der Form sicher noch nicht erlebt haben. Versuchen wir doch alle gemeinsam die aktuelle Situation als Chance zu sehen.

Unser Lichtenberg hat viel zu bieten. Nutzen wir die Vielfältigkeit und die Angebote unseres Bezirks und gehen auf Entdeckungstouren durch die Kieze – Karlshorst, Rummelsburger

Bucht, Friedrichsfelde mit Tierpark, Fennpfuhl mit Fennpfuhlpark, Neu- und Alt-Hohenschönhausen mit Ober- und Orankesee, Landschaftspark Herzberge, Barnimer Feldmark und die Dörfer im Norden, um einiges zu nennen. Museen und Galerien des Bezirks lassen die Zeit auch nicht langwerden, und unsere Volkshochschule bietet erstmalig eine Sommer-Touren werden und Ihre Beobach-

tungen aufnehmen. Kontaktieren Sie uns bitte einfach – wir sind für Sie da.

Einen herzlichen Glückwunsch auch allen Lichtenberger Schüler*innen für ihren bestandenen Schulabschluss. Einige von Euch starten nach dem Sommer vielleicht direkt mit einer Ausbildung in Lichtenberg. Damit Ausbildung in Lichtenberg für alle möglich werden kann, haben wir einen Ausbildungs-

gipfel einberufen.

Und nach dem Sommer beginnt für die vielen Erstklässler*innen der Unterricht. Ihnen und ihren Familien wünschen wir einen gelungenen Start in diesen neuen und aufregenden Lebensabschnitt.

Kommen Sie alle gut durch den Sommer und bleiben Sie gesund.

Herzlichst Ihre Sandy Kliemann



30 JAHRE BÜRGERINITIATIVE AUSLÄNDISCHE MITBÜRGERINNEN

Erfolgreiches Miteinander für Toleranz, gegen Rassismus und Gewalt

Das Wendejahr 1990 war wahrlich kein leichtes Jahr, weder für die Bürger*innen der ehemaligen DDR noch für die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen aus Vietnam. Deren Schicksal war Hohenschönhauser Bürger*innen bei weitem nicht egal. Sie gründeten am 3. März 1990 die „Bürgerinitiative Ausländische MitbürgerInnen e.V.“ Unter ihnen Bettina Grotewohl, die bis heute die Geschicke des Vereins mit leitet.

Zuerst einmal ging es der Initiative darum, sich mit anderen Vereinen und auf der politischen Ebene zu vernetzen. Bettina Grotewohl, damals Verordnete in der Bezirksverordnetenversammlung Hohenschönhausen, setzte sich dafür ein, dass der Bezirk einen Ausländerbeauftragten bekam. Ein Jahr später war die Arbeit so gewachsen, dass sie nicht mehr allein im Ehrenamt zu bewältigen war. Da waren regelmäßige Beratungszeiten ebenso gefragt wie das Erlernen der deutschen Sprache. Mit Hilfe von Arbeitsamtsmaßnahmen erweiterte die Initiative das Spektrum ihrer Ar-



Aufmerksame Teilnehmer*innen im Deutschkurs.

FOTO: BÜRGERINITIATIVE AUSLÄNDISCHE MITBÜRGERINNEN E.V.

beit immer mehr, über die bisherige Klientel hinaus. 2006 bezog man die Räumlichkeiten in der Neustrelitzer Straße. Rund 340 Quadratmeter stehen für Kurse, Treffen aber auch für Sport und Tanz zur Verfügung. Rund 1400 Besucher nutzen im Monat die Angebote, unter anderem die Beratung in Albanisch, Arabisch, Deutsch, Persisch, Russisch, Serbokroatisch und Vietnamesisch.

Drei Projekte stehen im Vordergrund. 1. der vom bezirklichen Sozialamt geförderte Interkulturelle Kieztreff mit einer Vielzahl von Veranstaltungen. 2. ist es der Interkulturelle Familientreff, der vom Lichtenberger Jugendamt gefördert wird und sich speziell um vietnamesische Familien kümmert, und 3. die Integrationslotsen, ein vom Senat gefördertes Projekt. 12 Lotsen helfen in acht Sprachen unseren ausländischen Mitbürger*innen dabei, so manche Klippe des Alltags zu überwinden. Durch die Lockerungen in der Pandemie nimmt die Initiative wieder langsam an Fahrt auf. Auf weitere erfolgreiche 30 Jahre! **Peter Müller**

GESAGT, GETAN!

Auf der vergangenen Bezirksverordnetenversammlung wurde unser Antrag auf einen Ausbildungsgipfel in Lichtenberg, welcher noch im Juni stattfinden soll, von den Verordneten angenommen. Auch der gemeinsame

Antrag mit der Fraktion Die Linken, die Fläche Wallenstein Str./ Tannhäuser Str. als öffentliche Grünfläche zu sichern, wurde angenommen. Ebenso steht es um unseren Antrag zur Fortführung des Aktionsplanes

zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – angenommen. In einem Zwischenbericht zu unserem Antrag, am Obersee größere Müllimer samt Tiersicherung aufstellen zu lassen, antwortete das Bezirksamt

damit, dass die Neuanschaffung aktuell zu teuer, aber die Reparatur defekter Müllbehälter bereits im Gange sei. Die Bezirksverordnetenversammlung nahm dies zur Kenntnis. **ImS**

UNSERE INITIATIVEN

Noch einmal richtig anpacken vor der Sommerpause!

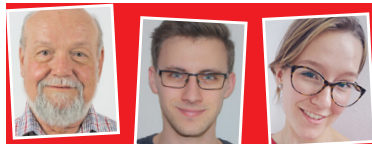
Nachdem auf der Bezirksverordnetenversammlung im Mai aufgrund des großen Pensums viele der Anträge aller Fraktionen liegen bleiben mussten, wurden sie nun im Juni endlich behandelt.

So setzten wir uns dafür ein, dass noch im Sommer ein Ausbildungsgipfel in Lichtenberg stattfinden soll, um trotz der aktuellen Krise den Ausbildungsmarkt zu stärken und Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Auch baten wir das

Bezirksamt um Auskunft dazu, ob in den Gesprächen mit den lokalen Partner*innen zur „Fair Trade Town“ auch die Aktion Noteingang umgesetzt werden kann. Außerdem wollten wir noch wissen, was das Bezirksamt konkret unternimmt, um gegen den Eichenprozessionsspinner vorzugehen und ob es ausreichend ausgestattet ist, entsprechende Maßnahmen durchzuführen.. Wir haben auch einen Antrag gestellt, Pop-up Radwege in Lichten-

berg zu schaffen, denn wegen der weiterhin ausdauernden Pandemie meiden viele den ÖPNV und fahren mit dem Rad. Dafür eine bessere Infrastruktur zu schaffen, wäre nützlich und notwendig. Leider konnte der Antrag aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden. Für die BVV nach der Sommerpause haben wir eine Große Anfrage zum aktuellen Stand beim Platzmanagement am Bahnhof Lichtenberg gestellt.

Lisa-Marie Sager



WIR SIND FÜR SIE DA!

Sie haben ein Thema, das Ihnen auf den Nägeln brennt? Unser Geschäftsführer Peter Müller (Bild links), unser wissenschaftlicher Mitarbeiter Kevin Einenkel (Bild mitte) und unsere politische Mitarbeiterin Lisa-Marie Sager (Bild rechts) sind gerne für Sie da. Büro der SPD-Fraktion im Rathaus, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin Tel. (030) 90296-3160, Fax: 57795449, E-Mail: info@spd-fraktion-lichtenberg.de Internet: www.spd-fraktion-lichtenberg.de